

# PRESSEMITTEILUNG



## Initiative bringt Antrag auf LKW-Durchfahrtsverbot auf den Weg

*Antrag geht direkt an das Verkehrsministerium / Stadt liefert Daten und Fakten / Runder Tisch zur Verkehrssituation in Alt-Marl mit konstruktiver Atmosphäre*

**[tok]Marl, 13. Juli 2016:** Die Aufgabe der Ortsumgehung für Alt-Marl und die Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h in den Nachtstunden sind ein erster guter Schritt, um die massive Verkehrsbelastung der Anwohner an Hochstraße und Breite Straße zu reduzieren. Darin waren sich die Teilnehmenden des runden Tisches zur Verkehrssituation in Alt-Marl einig. Sie verständigten sich darauf, dass die Bürgerinitiative Alt-Marl darüber hinaus mit Unterstützung der Stadtverwaltung einen Antrag an das Landesverkehrsministerium auf Sperrung für den LKW-Durchfahrtsverkehr und weitere Geschwindigkeitsreduzierungen auf den Weg bringt.

An dem Gespräch, zu dem Bürgermeister Werner Arndt ins Rathaus eingeladen hatte, nahmen Sabrina Domaser, Wilhelm Tewes, Martin Boermann und Torsten Keuter für die Bürgerinitiative teil, Jens Vogel als Vorsitzender des Stadtplanungsausschusses und Robert Heinze als stellvertretender Vorsitzender des ZBH-Betriebsausschusses sowie für die Stadtverwaltung die stellvertretende Baudezernentin Dr. Barbara Duka, Ordnungsamtsleiter Heinz-Peter Mühlenberg und Planungsamtsleiter Markus Schaffrath.

In dem zweistündigen Gespräch, das von allen Teilnehmenden als „konstruktiv und sachlich“ bezeichnet wurde, ging es um die Prüfaufträge zu verkehrlenkenden Maßnahmen in Alt-Marl, die Rat der Stadt Marl am 12. Mai in Verbindung mit der Absage an die geplante Ortsumgehung für Alt-Marl beschlossenen hatte. Ausführlich wurde dabei die zentrale Forderung der Bürgerinitiative diskutiert, die Hochstraße und Breite Straße komplett für den LKW-Durchfahrtsverkehr zu sperren und die zulässige Höchstgeschwindigkeit auf der Dorstener Straße bzw. auf der Hochstraße im Ortseingangsbereich in Verbindung mit einem Überholverbot von derzeit 70 km/h auf 50 km/h zu verringern.

Grundsätzliche Übereinstimmung bestand darin, dass angesichts der hohen Anzahl an Geschwindigkeitsüberschreitungen davon ausgegangen werden kann, dass auch die zulässigen Grenzwerte für Lärm am Tag und in der Nacht überschritten werden.

Für ein Durchfahrverbot für den LKW ab 7,5 Tonnen fehlen nach Auskunft der Verwaltung allerdings wesentliche Daten über den Ziel- und Quellverkehr sowie mögliche Verkehrsverlagerungen. Die Daten wird die Stadtverwaltung bei der Aufstellung des neuen Mobilitätskonzeptes ermitteln. Sie geht davon aus, dass erste Erkenntnisse Anfang 2018 vorliegen. Alle Beteiligten des runden Tisches waren sich einig, dass weitere belastbare Daten erforderlich sind. Angesichts des Zeitraums machte sich bei den Teilnehmenden der Bürgerinitiative allerdings Ernüchterung breit, da ein Durchfahrtsverbot damit „in weite Ferne“ gerückt sei und die Anwohner der Hochstraße und der Breite Straße bis dahin auf keine grundlegende Verbesserung der Lärmsituation und ihrer Lebensqualität hoffen könnten.

Unabhängig davon wird die Bürgerinitiative auf Anregung von Bürgermeister Werner Arndt in den kommenden Wochen die von ihr geforderte Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit von 70 auf 50 km/h in Verbindung mit einem Überholverbot direkt beim Landesverkehrsminister beantragen. Arndt bot an, dass die Stadtverwaltung die Bürgerinitiative dabei mit Zahlen, Daten und Fakten unterstützt.

Darüber hinaus berichtete die Stadtverwaltung, dass sie erste Kontakte zu den Logistikunternehmen im Gewerbegebiet Dorsten/Marl aufgenommen hat, deren Fahrzeuge Alt-Marl auf dem Weg zum Autobahnanschluss in Recklinghausen passieren. Erste Sondierungsgespräche sind geplant.

Einig waren sich die Teilnehmenden darin, dass sich die Forderung nach Lärmschutzwänden aufgrund der baulichen Situation an der Hoch-, Breite und Dorstener Straße als nicht zweckmäßig herausgestellt hat. Die notwendige Höhe und Bauweise solcher Mauern sei nicht im Sinne der Anwohner. Zudem wäre der Schallschutz aufgrund diverser Aus- und Einfahrten unwirksam. Nach Auskunft der Verwaltung bestünde auch kein Rechtsanspruch der Anwohner auf Lärmschutzwände.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Runden Tisches verständigten sich darauf, den gemeinsamen Dialog fortzusetzen. Das nächste Treffen ist für Ende August geplant. Darüber hinaus plant die Bürgerinitiative Alt-Marl eine weitere öffentliche Veranstaltung, um die Bürgerinnen und Bürger weiter einzubinden und zu informieren. (**lkwmeetsbab@gmail.com**)